

# Positionspapier

# Wehr- und Zivildienst

März 2011



## Präambel

Seit langem beschäftigt sich die Bundesjugendvertretung (BJV) mit dem Themenkomplex Wehr- und Zivildienst. Immer wieder hat sie sich in der Zivildienstreformkommission für die Interessen von Zivildienern stark gemacht und die Schlechterstellung von Zivildienern gegenüber Grundwehrdienern in zahlreichen Stellungnahmen angeprangert.

Seit Herbst 2010 steht die Forderung nach der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht (und damit auch des Zivildienstes, der ja ein Ersatzdienst ist) wieder im Raum. Die BJV positioniert sich daher mit diesem Papier und zeigt auf, dass sie als gesetzlich verankerte Interessenvertretung der jungen Menschen in Österreich in alle Reformüberlegungen und -entscheidungen mit einbezogen werden muss.

## Situationsanalyse

Wir stellen fest, dass die friedens- und sicherheitspolitische Lage Österreichs kein Heer, wie wir es derzeit haben, erfordert. Auch wenn die immerwährende Neutralität im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft Österreichs neu ausgelegt werden kann, so ist die allgemeine Wehrpflicht unseres Erachtens trotzdem ein überholtes Modell. Wir plädieren daher für eine umfassende Heeresreform, deren Ziel die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist.

Angeknüpft an diese Thematik ist der Zivildienst, für den sich viele junge Männer als Alternative zum Dienst an der Waffe entscheiden. Tatsache ist, dass die meisten Anbieter sozialer Dienstleistungen, wie etwa im Rettungsdienst oder Pflegebereich, massiv auf Zivildienner angewiesen sind. Obwohl im Zivildienst-Gesetz anders vorgesehen, sind Zivildienner derzeit oft der Ersatz für reguläre Arbeitskräfte.

## Wegfall Zivildienst

Geht es nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 4, Verbot von Zwangsarbeit) ist der Zivildienst nur als Ersatz für den Wehrdienst zulässig. Dementsprechend würde eine Abschaffung der Wehrpflicht automatisch einen Wegfall des Zivildienstes bedeuten. Wie bereits erwähnt würde dies eine enorme Herausforderung für soziale Dienstleister darstellen: Zivildiensteinsatzstellen sind mit deutlich geringeren Kosten verbunden als reguläre Arbeitsplätze und tragen derzeit wesentlich zum Erhalt des Systems bei.

Unseres Erachtens ist es jedoch unangebracht, die Diskussionsebenen zu vermischen:



ob die Wehrpflicht abgeschafft werden soll, darf nicht von der gesellschaftspolitischen Herausforderung des Zivildienst-Wegfalls abhängig gemacht werden.

In der Diskussion darüber, wie das Sozialsystem auch ohne Zivildienstler erhalten werden kann, steht auch der Vorschlag eines verpflichtenden Sozialdienstes für junge Menschen im Raum.

Dies ist aus unserer Sicht völlig inakzeptabel und eine einseitige Herangehensweise an die Problematik – eine Lösung, die allein auf dem Rücken von Jungen ausgetragen wird, kann nicht funktionieren. Gerade das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit sollte jedoch als Chance gesehen werden, freiwilliges Engagement von allen Altersgruppen zu fördern.

## **Wehr- und Zivildienst | Die BJV fordert:**

- Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht
- Die Umwandlung von Zivildienst- in reguläre Arbeitsplätze
- Die Förderung von freiwilligem Engagement und insb. von Freiwilligendiensten
- Die Anerkennung von Freiwilligendiensten als Zivildienst (bis zur Abschaffung der Wehrpflicht)
- Die Einbindung der BJV in den gesamten Reformprozess und in alle politischen Entscheidungen

